

► PRESSEMITTEILUNG

INTERNATIONALER TAG GEGEN KINDERARBEIT

SÜDWIND fordert schnelles Handeln von Deutschland und der EU

Bonn, 10.06.2021 Ob beim Kakaoanbau in der Côte d'Ivoire, auf den Kautschukplantagen Malaysias, in den Textilfabriken Bangladeschs oder gar als Soldat*innen in Krisengebieten: Mehr als 160 Millionen Kinder sind heute zur Arbeit gezwungen. Die Covid-19-Pandemie trägt nach neuesten Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) noch zur Verschärfung der Situation bei. Am 12. Juni findet weltweit der Internationale Tag gegen Kinderarbeit statt – 2021, das Jahr, das die Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr für die Beseitigung von Kinderarbeit“ ausgerufen haben. Um Kinderarbeit zu beenden, fordert SÜDWIND alle Regierungen auf, endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen: Sie müssen mit Produktionsstrukturen brechen, die das Wohl der Kinder für den Wohlstand der Industrienationen opfern.

Sieben von zehn arbeitenden Kindern sind in der Landwirtschaft beschäftigt – in armen Ländern des Globalen Südens, aber in auch solchen mit mittlerem Einkommen. Mehr als 70 Prozent der arbeitenden Kinder leben in Afrika. Ein Drittel der Mädchen und Jungen, die arbeiten müssen, hat darüber hinaus keinen Zugang zu Bildung. „Dass viele Kinder gerade auf den untersten Stufen der globalen Wertschöpfungsketten für unsere Produkte, etwa in der Kakaoproduktion ausgebeutet werden, ist lange bekannt. Kinderarbeit ist aber in fast allen agrarischen und mineralischen Lieferketten, in der Textil- und Lederproduktion und auch in der Elektronikproduktion vorhanden“, erklärt Dr. Pedro Morazán vom SÜDWIND-Institut. „Das ist nicht hinnehmbar, denn Kinderarbeit beraubt Mädchen und Jungen ihrer Kindheit, ihrer Potenziale und ihrer Würde.“

Das SÜDWIND-Institut hat Anfang des Jahres 2021 im Auftrag der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Recherchen zu vier Ländern – darunter Côte d'Ivoire und Uganda – durchgeführt. Diese bestätigen: Die Gründe für Kinderarbeit sind vielfältig, doch die Einkommensarmut der Familien führt die Liste der Ursachen weiter an. Niedrige Produktivität, aber auch fehlender Zugang zu Land oder Krediten sind in zahlreichen Ländern ursächlich für die geringen Einkommen vieler Familien in der Landwirtschaft. Trockenheit, Überschwemmungen und andere Folgen des Klimawandels verstärken häufig die Armut. Nicht zuletzt ist aber auch der niedrige Weltmarktpreis für Produkte wie Kakao, Kaffee oder Textilien Grund für die Not vieler Familien und so für die Ausbeutung Minderjähriger.

Deshalb kann das Problem nicht allein auf unzureichende Einkommen von Familien im Globalen Süden reduziert werden. Entscheidungsträger*innen müssen die Ursachen dieser Armut in den Fokus nehmen. Für Eva-Maria Reinwald



INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

**FÜR EINE GERECHTE
WELTWIRTSCHAFT!**

INES BRESLER
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

SÜDWIND E.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

+49 (0) 228-76 36 98-14
bresler@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

vom SÜDWIND-Institut liegt die Verantwortung deshalb auch bei der Bundesregierung: „Deutschland muss morgen zumindest das vereinbarte Lieferketten-gesetz beschließen und sich auf der europäischen Ebene für eine noch stärkere Regulierung einsetzen“, so Reinwald. „Zudem müssen strukturelle Ungerechtigkeiten bekämpft werden, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen.“

Kontakt:

Dr. Pedro Morazán
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
+49(0)162 903 556 2
morazan@suedwind-institut.de

Eva Reinwald
Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte
+49 (0) 228-763 698-21
reinwald@suedwind-institut.de

Ines Bresler
Referentin Öffentlichkeitsarbeit
+49 (0) 228-763 698-14
bresler@suedwind-institut.de

► **SÜDWIND setzt sich für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit ein – weltweit. Wir recherchieren, decken ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Wir verbinden entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Seit 30 Jahren.**